



DIE LINKE.

**Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Die Linke
Im Rat der Stadt Neustadt am Rübenberge**

**Fraktionsvorsitzender
Manfred Lindenmann**

Herrn Bürgermeister Dominic Herbst, Stadt Neustadt a.Rbge.
An die Mitglieder des Rates der Stadt Neustadt a. Rbge.

Antrag:

Auch Neustadt sollte ein Zeichen setzen

Die Stadt Neustadt schließt sich dem Beschluss der Regionsverwaltung an und erklärt sich zum „Sicheren Hafen“. Neustadt prüft die Möglichkeit der Aufnahme unbegleiteter Flüchtlingskinder und Jugendlicher Flüchtlinge.

Begründung:

Auf dem Mittelmeer ertrinken noch immer tausende Menschen, die vor Krieg oder Verfolgung fliehen. Währenddessen verweigern einzelne EU-Mitgliedsstaaten, darunter Italien und Malta, den Seenotretter*innen das Anlegen in ihren Häfen und kriminalisieren sie. Die EU-Länder können sich bis heute nicht auf eine solidarische Aufnahme der Geflüchteten einigen.

Die Bilder der Flüchtlinge auf den griechischen Inseln sind erschütternd. Die Menschen stehen im Schlamm, hausen unter Planen und schlafen im Kalten. Besonders Kinder leiden unter diesen Verhältnissen. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind erheblichen Gefahren ausgesetzt und werden vermehrt Opfer von Menschenhandel und krimineller oder sexueller Ausbeutung.

Boris Pistorius, der niedersächsische Innenminister, hat längst angekündigt, Niedersachsen sei bereit, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Robert Habeck, Parteichef der Grünen, forderte zuletzt, dass Deutschland unbegleitete Flüchtlinge aufnehmen sollte.

Niedersachsen hat jetzt 12 der 47 Kinder und Jugendlichen aufgenommen, die vor Mitte April aus den griechischen Flüchtlingslagern nach Deutschland geholt wurden.

Die Region Hannover und die Landeshauptstadt Hannover haben sich zum sicheren Hafen für Geflüchtete deklariert und unterstützen in Seenot geratene Geflüchtete.

Deutschlandweit setzen so bereits 86 Städte und Gemeinden ein Zeichen für die Entkriminalisierung der Seenotrettung. In Niedersachsen sind bereits 16 Kommunen beteiligt und ihre Anzahl wächst. Ein wichtiger Aspekt der Teilnahme an der Initiative „Seebrücke“ ist die Erklärung der Kommunen, gerettete Geflüchtete vor Ort aufzunehmen.

Die Region hat sich als Regionsverwaltung zum „Sicheren Hafen,“ erklärt und ist somit bereit, gerettete Geflüchtete in den Liegenschaften, die der Region gehören, aufzunehmen. Zwei der 12 unbegleiteten jugendlichen Flüchtlinge in Niedersachsen hat die Region Hannover aufgenommen.

Wir beantragen, dass auch Neustadt als Kommune ein Zeichen setzt und die Bereitschaft erklärt, gerettete Flüchtlinge, insbesondere unbegleitete Kinder und Jugendliche, aufzunehmen.

**Manfred Lindenmann
Fraktionsvorsitzender**